Kehrwieder am Sonntag vom 24./25.11.2018, S.11

Mehrheitsgruppe im Kreistag wendet sich an Landtagsfraktionen / Kritik an Weisung von Minister Lies durch Opposition und Initiativen

# Das letzte Wort im Kali-Streit ist noch nicht gesprochen

*Von Björn Stöckemann*

**LANDKREIS.** Die Würfel sind gefallen. Irgendwie. Vielleicht. Es ist kompliziert. Fest steht, dass Landrat Olaf Levonen vergangenen Montag, 19. November, das wasserschutzrechtliche Einvernehmen mit dem Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie hergestellt hat. Der Streit um die Wiederinbetriebnahme des Hartsalzbergwerkes bei Giesen geht trotzdem fast unverändert weiter.

Levonen folgt mit seiner Entscheidung einer fachaufsichtlichen Weisung des niedersächsischen Umweltministers Olaf Lies und einer Einschätzung des Landesinnenministeriums. Denn unklar war, ob die Kreisverwaltung der Weisung folgen könne, müsse, dürfe, solange sich der Kreistag die Entscheidung vorbehält und die Abgeordneten sich zu keiner Entscheidung im Stande sehen (wegen ihrer Ansicht nach unvollständigen Unterlagen des Antragstellers Kali und Salz [K+S]).

Die Reaktionen fallen erwartbar aus. Kreis-Linke, die AfD-Fraktion im Kreistag, die Kreisgruppe vom Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland und die Bürger-Initiative Giesen-Schacht kritsieren vor allem die Landesregierung in unterschiedlicher Schärfe. Die Zuschreibungen reichen von „wirtschaftshörig“ über „skandalös“ bis zu „ungesetzmäßig“.

Stimmen, die das Vorgehen (nicht unbedingt das Anliegen) der Mehrheitsgruppe im Kreistag kritisiert hatten, sehen sich jetzt hingegen bestätigt. „Eine größere Ohrfeige der Aufsicht kann es gar nicht geben“, meint Christian Berndt, ehemaliger Vorsitzender der CDU-Kreisfraktion und schärfster Kritiker seines Nachfolgers Friedhelm Prior. „Selbst die vielfältigen Zugeständnisse werden jetzt zunichte gemacht, schade, wenn man den Bogen überspannt.“ Dem Landrat hält er vor, zu lange mit seiner Entscheidung gewartet zu haben.

Auffällig unauffällig bleibt in dem (lokal)medienwirksamen Wirbel die Mehrheitsgruppe im Kreistag um deren Vorsitzenden Klaus Bruer von der SPD und Christdemokraten Prior. Untätig bleibt die Gruppe trotzdem nicht.

Bereits Freitag ging ein Schreiben an die Landtagsfraktionen von SPD und CDU. Die Kommunalpolitiker wiederholen darin ihre Sicht der Dinge. Die Weisung von Minister Lies sei unverhältnismäßig, weil keine zeitliche Dringlichkeit bestehe, das Ermessen eines demokratisch gewählten Organes werde ausgehebelt, es gäbe weiterhin Bedenken.

Die Hildesheimer Vertreter in Hannover halten sich darauf angesprochen bedeckt. Bernd Lynack, Direktmandatsträger aus Hildesheim von der SPD, wiegelt rasch ab. „Nicht mein Thema, da stecke ich derzeit nicht genug drin, um mich positionieren zu können.“ Wahlkreiskollegin Laura Rebuschat von der CDU war die vergangenen zwei Wochen auf Dienstreise, das Schreiben hat sie von Seiten der Fraktion aus noch nicht erreicht.

Volker Senftleben, SPD-Abgeordneter für Alfeld, kann den Argwohn aus Hildesheim über die ministeriale Einmischung zumindest verstehen, noch sei der sogenannte Kali-Streit aber kein politisches Thema, sondern Regierungshandeln.

Markus Brinkmann von der SPD ist zuständig für den Wahlkreis Sarstedt. Giesen fällt deswegen in seinen Aufgabenbereich. In der Vergangenheit hat er große Sympathien für das Vorhaben von K+S und Unverständnis über das Verhalten des Kreistages geäußert. Jetzt bleibt er zurückhaltend. „Ich gehe davon aus, dass wir als Fraktion das Schreiben beantworten.“ Den Kommunalpolitikern will er aber „nicht absprechen, dass sie sich bemüht haben“. Gangart und Richtung halte er dennoch für „falsch und bedenklich“. „Das ist kein schönes Signal, da ist mein Verständnis begrenzt.“

CDUler Prior verweist unterdessen auf diverse Landtagsreden, in denen auch CDU-Abgeordnete von einer Kaliproduktion „ohne Einleitung in Gewässer und ohne Halden“ sprechen. Er hofft deswegen, dass sich der Landtag der Sache annimmt. Die Abgeordneten dort seien schließlich berechtigt Fragen an die Regierung zu ihrem Handeln und ihren Weisungen zu stellen.